

Zentrale Ergebnisse der Kabinettsklausur in St. Quirin im Bereich Arbeit und Soziales, Familie und Integration

Informationen von
Sozialministerin Emilia Müller

München, 3. August 2016

**Zentrale Ergebnisse der Kabinettsklausur in St. Quirin
im Bereich Arbeit und Soziales, Familie und Integration**

1. Sozialhaushalt: Weniger Ausgaben für Asylbewerber, mehr für die heimische Bevölkerung

- **Sozialhaushalt umfasst rund 6,3 Mrd. EUR im Jahr 2017 und 6,2 Mrd. im Jahr 2018**
- Das ist ein **Rückgang gegenüber diesem Jahr um über 640 Mio. EUR in 2017 und um 710 Millionen Euro in 2018 – Beitrag des Sozialministeriums für einen Haushalt ohne Neuverschuldung.**
- **Hauptgrund für Einsparungen: Rückgang der Ausgaben für Asylbewerber** von rund 2,6 Mrd. EUR in diesem Jahr auf rd. 1,5 Mrd. EUR im nächsten Jahr und rd. 1,2 Mrd. im Jahr 2018
 - Es kommen weniger Asylbewerber (Januar 2016: Neuzugang in Bayern in Höhe von 74.677, im gesamten Juli 2016 3.333)
 - Umsteuerung bei der Unterbringung spart Geld und ermöglicht gleichwohl weiterhin alle Asylbewerber gut und in festen Unterkünften unterzubringen.
- **Beitrag des StMAS zum bayerischen Sicherheitskonzept: Frühprävention:**
 - gelungene Prävention ist der beste Schutz vor Straftaten durch Extremisten.
 - **Neu: Aufbau eines kommunalen Präventionsnetzwerks**, mit dem wir im Bereich der Frühprävention flächendeckend auf kommunaler Ebene feste Ansprechpartner und ausgeprägte Präventionsstrukturen schaffen (+ 1 Mio. Euro im Doppelhaushalt).
- **Schwerpunkt Inklusion:**
 - Für **Menschen mit Behinderung** stellen wir im Doppelhaushalt über **675 Mio. EUR bereit.** [2016: 320 Mio. EUR; 2017: 330 Mio. EUR; 2018: 345 Mio. EUR].
 - **Neu:** Wir haben in St. Quirin beschlossen, ab dem Jahr 2018 nicht nur blinde und taubblinde Menschen, sondern auch Menschen mit einer **hochgradigen Sehbehinderung** zu unterstützen. Sie werden ein **Teilblindengeld** bekommen. Dafür stellen wir jährlich **12 Mio. Euro** bereit.

- **Schwerpunkt Familienpolitik: Bayern ist Familienland Nr. 1**
 - **Fast 5 Mrd. Euro für Bayerns Familien:** Das ist ein Plus von 15% (DHH 2015/2016 4,2 Mrd. EUR; DHH 2017/ 2018: 4,9 Mrd. EUR).
 - Die **Kinderbetreuung** fördern wir in den nächsten beiden Jahren mit rund 3,9 Mrd. Euro.
 - Mit dem **Bayerischen Betreuungsgeld** unterstützen wir bayerische Familien mit 450 Mio. Euro [2017: 220 Mio. EUR 2018: 230 Mio. EUR]. Das Betreuungsgeld gibt es nur in Bayern.
 - Als eines von nur zwei Bundesländern unterstützt Bayern junge Familien zudem mit und 161 Mio. Euro durch das **Landeserziehungsgeld**. Beim Landeserziehungsgeld werden wir für Geburten ab 1.1.2017 die Einkommensgrenzen anheben. Damit künftig wieder jede zweite Familie davon profitiert wollen wir die **Einkommensgrenzen anheben**. [Einkommensgrenze derzeit Alleinerziehende 22.000 EUR, Paare 25.000 EUR, pro weiterem Kind 3.410 EUR; künftig: 31.000 EUR bzw. 34.000 EUR, zzgl. 4.400 EUR].
 - **Neu:** Wir wollen die **Ferienbetreuung** in Kindergärten und Horten für Eltern **kostengünstiger** machen. Die Kinder können während der Ferien länger betreut werden, ohne dass die Eltern dafür mehr zahlen müssten.
 - **Neu: Wir haben in St. Quirin beschlossen**, die **Kinderrechte explizit im Grundgesetz** und in der Bayerischen Verfassung zu **verankern**.
 - **Neu:** Die **Digitalisierung** wirkt sich auch auf das Familienleben aus. In einem großen **Dialogprozess** wollen wir herausarbeiten, welche Kompetenzen und Unterstützung Familien brauchen, und ein **Konzept zur frühen digitalen Bildung** erarbeiten.

2. Schwerpunkt Ehrenamt: Noch mehr Unterstützung und Wertschätzung für das Ehrenamt

- In Bayern ist das ehrenamtliche Engagement besonders ausgeprägt. Fast jeder Zweite in Bayern (47%) engagiert sich ehrenamtlich.
- **Neu: Gründung einer Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern** als Verbrauchsstiftung mit einem Vermögen von rund **2,5 Mio. Euro** gründen. Dadurch können wir kleine und innovative Projekte Ehrenamtlicher besser unterstützen.
- **Neu:** Wir wollen künftig Inhabern der bayerischen Ehrenamtskarte **freien Eintritt** in allen **staatlichen Schlösser gewähren**.

3. Rente:

- **Rentenniveau sinkt** bis 2030 voraussichtlich auf nur noch **44,3 %**.
- **Betriebliche und private Altersvorsorge** können die Lücke bislang nicht schließen.
- **Inanspruchnahme von Grundsicherung im Alter steigt:** So sind deutschlandweit rund **694.000 Menschen neben ihrer Rente auf Leistungen der Grundsicherung** im Alter und bei Erwerbsminderung angewiesen.
- **Das Kabinett hat sich deshalb auf folgende 4 Eckpunkte verständigt:**
 - **Erstens: Wir setzen uns für eine verbesserte Mütterrente ein.**
Unabhängig davon, ob das Kind vor oder nach 1992 geboren ist, sollen künftig drei Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Damit wird eine vollständige Gleichstellung der Erziehungsleistungen von Müttern erreicht. Dies ist ein Gebot des Generationenvertrags, auf dem die gesetzliche Rentenversicherung fußt.
 - **Zweitens: Zur Vermeidung von Altersarmut fordern wir eine spürbar stärkere Förderung der privaten Vorsorge** in Deutschland. Wir wollen, dass deutlich mehr Menschen ausreichend private Vorsorge für das Alter betreiben können. Nur so kann der Lebensstandard im Alter gesichert werden. Das ist eine Voraussetzung für die Absenkung des Niveaus der gesetzlichen Rente.
 - **Drittens: Wir lehnen die Lebensleistungsrente ab.** Sie ist unwirksam zur Vermeidung von Altersarmut und ungerecht, weil sie keine Breitenwirkung entfaltet und nicht zielgenau ist.
 - **Viertens:** Wir lehnen die bedingungslose Gewährung von Leistungen aus der **Grundsicherung im Alter** ohne Rückgriff auf Unterhaltspflichtete für diejenigen ab, die die überwiegende Zeit ihres Erwerbslebens nicht in Deutschland verbracht und daher weder Steuern noch Sozialversicherungsbeiträge hierzulande gezahlt haben.